

**liberal central**  
**mitgliederzeitschrift des fdp-bezirksverbandes**  
**berlin-mitte**  
**ausgabe dezember 2009**



**Herausgeber, V.i.S.d.P**  
Dr. Maren Jasper-Winter  
Vorsitzende des FDP-Be-  
zirksverbandes Berlin-Mitte  
Schlegelstr. 24  
10115 Berlin  
[liberalcentral@fdp-mitte.de](mailto:liberalcentral@fdp-mitte.de)

**Distribution**

700 Stück digital (.pdf)  
200 Stück Print

**Chefredakteur**

Nils Augustin  
[augustin@liberal-central.de](mailto:augustin@liberal-central.de)

**Redakteure/Autoren**

Nils Augustin, Claudia  
Bandow, Anno Blissen-  
bach, Ingo Kamps, Kurt M.  
Lehner, Justus Leonhard,  
Markus Lönig, Katja v.  
Maur, Peter Pawlowski,  
Frauke Sander, Henner  
Schmidt

**Autoren dieser Ausgabe**

Hellmut Abrell, David  
Issmer, Matthias Lefarth,  
Christoph Meyer, Christine  
Stüben

**Leserbriefe**

Erwin Ludwig

**FDP in Mitte im Internet**

[fdp-berlin-mitte.de](http://fdp-berlin-mitte.de)  
[fdp-fraktion-mitte.de](http://fdp-fraktion-mitte.de)  
[liberal-central.de](http://liberal-central.de)  
[fdp-gendarmenmarkt.de](http://fdp-gendarmenmarkt.de)  
[fdp-hackescher-markt.de](http://fdp-hackescher-markt.de)  
[fdp-ot.de](http://fdp-ot.de)  
[fdp-tiergarten.de](http://fdp-tiergarten.de)  
[fdp-wedding.de](http://fdp-wedding.de)

**Bankverbindung**

FDP Mitte  
Konto 653 386 104  
Postbank Berlin  
BLZ 100 100 10

Textbeiträge mit Namens-  
zeichen geben die Meinung  
nur ihres Autors wieder,  
nicht die der Redaktion.

**liberal central**  
**mitgliederzeitschrift des fdp-bezirksverbandes**  
**berlin-mitte**  
**ausgabe dezember 2009**

[www.liberal-central.de](http://www.liberal-central.de)

Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde in Berlin-Mitte,

vor wenigen Tagen ist der Ehrenvorsitzende unserer Partei, Otto Graf Lambsdorff, verstorben. Für eine ganze Generation von Liberalen und Bürgern insgesamt ist „der Graf“ ein Leitbild für freiheitliche Klarheit und Prinzipientreue gewesen, ebenso wie ein gelebtes Vorbild für einen ganzheitlich verstandenen Liberalismus. Nicht nur in den Herzen der ihm Nahen, auch durch dieses sein Wirken wird Otto Graf Lambsdorff weiterleben.

Es ist die Weihnachtszeit, in welche diese Nachricht fällt, und damit die Zeit der Besinnung – aber in einer politischen Partei auch die Zeit zahlreicher Weihnachtsfeiern, Revue des vergangenen Jahres und Vorbereitung des kommenden.

Zu den wesentlichen Ereignissen des Jahres 2009 wird man zählen, dass wir auf Bezirksebene einen neuen Vorstand gewählt haben, auf Landesebene ein wirtschaftspolitisches Grundsatzpapier verabschiedet und auf der Bundesebene (und als deren Gliedverbände) zwei sehr erfolgreiche Wahlkämpfe zur Europa- und zur Bundestagswahl geführt haben und als Berliner im Ergebnis nun erstmals eine Abgeordnete im EP stellen und im Bundestag nun drei statt zuvor zwei Abgeordnete.

Im Blick auf 2010 sehen wir insbesondere die Neuwahl des Landesvorstandes, welcher uns dann mit langem Anlauf in die Berlinwahl 2011 führen soll, und in welchen unser Bezirksverband wie gewohnt den Wunsch und Anspruch hat, trefflich geeignetes Personal zu entsenden. Wir sehen die Aufgabe, das liberale politische Engagement den Bürgern auch in einem Nicht-Wahljahr deutlich zu machen. Und wir sehen die Herausforderung, der neuen Bundesregierung stets einen liberalen Kompass in Sichtweite zu halten.

In diesem Sinne wünscht Ihnen LC ein besinnliches und erholsames Weihnachtsfest und guten Rutsch ins neue Jahr.

Mit liberalen Grüßen, Nils Augustin

**Nach meiner Überzeugung wirken  
wir alle am besten, wenn wir arbeiten,  
nicht wenn wir reden.**

Otto Graf Lambsdorff

## Lagebericht der Vorsitzenden

# Herausforderungen für das Jahr 2010

von Maren Jasper-Winter

Das Jahr ist fast vorüber. Politisch beendet der Bezirksverband das Jahr am 16.12.2009 mit einem Bezirksausschuss, in dem die Strategie des Bezirksvorstands für das kommende Jahr, über die in der vergangenen Ausgabe berichtet



wurde, diskutiert werden soll. Wir werden versuchen, zusammen mit den Ortsverbänden ein Jahresprogramm aufzustellen, das Themen aufgreift, die für den Wahlkampf 2011 eine Rolle spielen könnten.

Was werden die „Themen 2010“ sein, die uns alle beschäftigen werden? Meines Erachtens werden uns in Berlin folgende Themen schwerpunktmäßig bewegen. Geprägt durch die Diskussion auf internationaler und auf Bundesebene wird uns sicherlich die Umweltpolitik begleiten. Wie können CO<sub>2</sub>-Emissionen eingespart werden? Wir verfolgen mit Spannung die Diskussionen auf dem Klimagipfel in Kopenhagen und hoffen, dass es verbindliche(re) Aussagen der USA geben wird.

Aber auch auf Landesebene wird es weitere Auseinandersetzungen geben. Die Debatte um den Klimaschutzgesetzentwurf wird sich Anfang nächsten Jahres fortsetzen. Im Rahmen dessen wird durch die Liberalen kritisiert, ob es wirklich vernünftig ist, feste und starre Quoten für die Verwendung von Wärme aus Erneuerbaren Energien für Bestandsgebäude einzuführen. Vernünftiger wäre es, sicherlich, am „Output“ anzusetzen und Zielvorgaben der CO<sub>2</sub>-Einsparung für Hauseigentümer vorzugeben. Wie dies erreicht wird (Modernisierung des Heizsystems oder andere Energieeffizienzmaßnahmen) sollte dem einzelnen Eigentümer überlassen sein.

Ein weiteres Thema, das entscheidenden Einfluss auf die Entwicklung unserer Gesellschaft hat, ist die Tatsache, dass in Deutschland und auch in hohem Maße in Berlin, manche Menschen überhaupt keine Möglichkeit haben, sich an der Gesellschaft zu beteiligen: nämlich Kinder aus bestimmten Familien, die keine ausreichende „frühkindliche Bildung“ erhalten. Für uns Liberale wird dies eine der entscheidenden

Fragen sein, denn - wie schon Friedrich Naumann entwickelte - nur wer Bildung erhält, hat überhaupt die Möglichkeit, an der Bürgergesellschaft teilzuhaben und ein selbstbestimmtes Leben zu führen. Dass wir in unserer modernen Gesellschaft immer noch mit diesem Problem kämpfen – und gerade in einer vergleichsweise wohlhabenden Gesellschaft – ist eigentlich nicht nachzuvollziehen.

In diesem Zusammenhang wird mancherorts der Ruf nach einer „KiTa-Pflicht“ laut. Dies erscheint einfach und auf den ersten Blick plausibel. Für die FDP kann dies jedoch nur ein allerletzter Schritt am Ende der Kette anderweitiger Anstrengungen sein. Zunächst muss ein gutes Betreuungsangebot mit gut ausgebildeten und gut bezahlten Erzieherinnen und Erziehern gemacht werden einhergehend mit einer finanziellen und personellen Stärkung der Jugendämter, die das KiTa-Angebot bestimmten Familien persönlich nahelegen. Weitere staatliche Verpflichtungen der Eltern bedeutet, dass der Staat diese Pflichten – genau wie bei der Schulpflicht – per Zwang durchsetzen kann. Dies ist wahrlich kein liberaler Ansatz.

Neben diese die Gesellschaft sehr bewegenden Fragen müssen wir uns in Berlin um die Staatsausgaben einerseits und um Staatseinnahmen durch höhere Steuereinnahmen aufgrund geringerer Arbeitslosigkeit kümmern. Im Punkt Staatsausgaben muss klar sein, was staatliche Aufgabe ist und was nicht. Berlin braucht hier einen ordnungspolitischen Kurs – wie ihn der leider verstorbene Otto Graf Lambsdorff gelebt und vertreten hat. Sein politisches Vermächtnis, nämlich dies klare politische Linie, sollte uns in Diskussionen um Staatsausgaben immer wieder ermahnen. Auf Bezirksebene in Mitte, wenn es um den Haushalt geht, der dringend beschlossen werden muss, aber auch auf Landesebene. Denn „der Staat hat nicht das Recht, anders als seine Bürger zu wirtschaften. Es ist seine Pflicht als Sachverwalter des Allgemeinwohls, bei einer Krise auch Ausgaben zu senken. Sonst wirtschaftet er nicht für die Bürger, sondern gegen sie“ (Otto Graf Lambsdorff am 2.11.2009).

Ich wünsche Ihnen und Ihren Familien eine frohe Weihnachtszeit und einen guten Rutsch ins neue Jahr.

---

*Dr. Maren Jasper-Winter (OV OT) ist Vorsitzende des FDP-Bezirksverbandes Mitte*

Kommentar aus Mitte

## FDP-Steuerpolitik vor dem Realitätstest

von *Matthias Lefarth*

Keine Frage: Der schwarz-gelbe Koalitionsvertrag ist eine gute Grundlage für die Steuer- und Finanzpolitik der neuen Legislaturperiode. Das steuerliche Sofortprogramm wird nun bereits mit dem Wachstumsbeschleunigungsgesetz zum 1.1.2010 umgesetzt. So werden die größten Schnitzer der Unternehmenssteuerreform 2008 und der Erbschaftsteuerreform 2009 korrigiert.

Neben dem doch sehr konkret gefassten steuerlichen Sofortprogramm in der Koalitionsvereinbarung sind die größeren Steuer-Baustellen gleichwohl sehr nebulös formuliert. So soll die Einkommensteuerstrukturreform „möglichst“ zum 1.1.2011 mit einem Gesamtentlastungsvolumen von rund 24 Mrd. Euro inklusive einem Stufentarif in Kraft treten. Wie die Diskussion der vergangenen Wochen zeigt, ist diese Formulierung in vielfältiger Hinsicht interpretierbar. Und von Seiten der Union wird bereits offen in Frage gestellt, ob überhaupt eine Einkommensteuerentlastung in diesem Umfang für 2011 möglich sei. Zu guter Letzt ist auch völlig offen, in welcher Form die Einführung eines Stufentarifs umgesetzt wird; der Hinweis aus dem Bundesministerium der Finanzen, auch der heutige Einkommensteuertarif umfasse 53 Steuerstufen, spricht Bände.

Hier zeigt sich, wie wichtig es sein wird, den konkreten Einfluss der FDP auf die Umsetzung der Steuergesetzgebung durch das Bundesfinanzministerium geltend zu machen. Der Umstand, dass das BMF nun jedoch fest in Unionshand – mit sozialdemokratischen Einsprengseln – ist, macht die Sache natürlich nicht leichter. Die FDP-Bundestagsfraktion wird es im Einzelnen schwer haben, den Gesetzesformulierungen und nicht zuletzt der Quantifizierung der Finanztableaus, (dies ist eine Vorherrschaft des BMF!) etwas entgegen zu setzen.

Diese Gefahr ist auch auf anderer steuerpolitischer Feldern virulent: So ist es von grundsätzlicher Bedeutung, wer die geplante Kommission zur Reform der Gemeindefinanzen letztlich einsetzen wird. Hat hier wohl auch der Bundes-

minister der Finanzen das Prä. So kann er allein schon durch die Berufung der kommunalen Spitzenverbände in die Kommission zur Reform der Gemeindefinanzen den Prozess steuern. Dann bliebe wohl alles beim Alten, da der Deutsche Städtetag bereits seinen Widerstand gegen FDP-Modell eines Ersatzes der Gewerbesteuer durch kommunale Einkommensteuerzuschläge und einen höheren Anteil an der Mehrwertsteuer formuliert hat. Dabei ist der Ersatz der Gewerbesteuer gleichwohl eine zentrale Voraussetzung für eine grundlegende Steuervereinfachung im Rahmen der Einkommensteuerstrukturreform.



Auch die Vorzeichen für die ebenfalls von der schwarz-gelben Koalition angekündigte Kommission zur Reform des Umsatzsteuerrechts sind alles andere als günstig. Richtig wäre, die derzeitige Liste der dem ermäßigten besteuerten Mehrwertsteuersatz unterworfenen Waren

und Dienstleistungen grundsätzlich zu überprüfen und im Rahmen einer Gesamtkonzeption auf die wesentlichen Grundbedürfnisse (Grundnahrungsmittel, ausgesuchte soziokulturelle Leistungen) zu begrenzen. Die jetzt auf Druck der CSU – und auch leider Teilen der FDP – isolierte Einführung eines ermäßigten Mehrwertsteuersatzes für Beherbergungsleistungen wird diesen notwendigen Reformprozess erheblich erschweren, wenn nicht gar konterkarieren. Viel wichtiger wäre m.E. etwa eine grundsätzliche Neuregelung der Besteuerung von Speisen und Getränken.

Es bedarf keiner punktuellen Änderung, sondern einer grundsätzlich angelegten Reform, die tatsächlich das Ziel von mehr Transparenz und weniger Bürokratie verfolgt. Dabei muss die FDP den Mut haben, auch Einzelinteressen im Sinne einer überzeugenden Gesamtreform abzuwehren.

Dies gilt nicht zuletzt auch für eine nachhaltige Haushaltspolitik. So richtig und wichtig das Ziel einer grundlegenden Einkommensteuerstrukturreform mit signifikanten steuerlichen Entlastungen ist, so erfordert dies auf der anderen Seite der Medaille effektive Einsparungen in den konsumtiven Bereichen der öffentlichen Haushalte.

---

*Matthias Lefarth (OV OT) ist Vorsitzender des LFA Wirtschaft, Arbeit, Finanzen und stellv. Vorsitzender des BFA Finanzen und Steuern*

## Gastkommentar

# Schwungholen für 2011

von *Christoph Meyer*

Das Jahr 2009 war überaus erfolgreich für die FDP Berlin. Auf diesen Erfolg dürfen wir uns nicht ausruhen, sondern müssen in den nächsten Monaten alle Kräfte für unsere Hauptziele im Jahr 2011 konzentrieren: Die Abwahl des rot/roten Senats und eine möglichst starke FDP als Regierungspartei auch in der Bundeshauptstadt.

Die Visionslosigkeit, aber auch Zerrissenheit, von SPD und Linken kann man mittlerweile in allen Politikfeldern betrachten. Ob Scheitern des unmöglichen Vorschlags zur Wahl der Rechnungshofpräsidentin, Ausbremsen des Weiterbaus der A 100, S-Bahnchaos oder das immer dreistere Auftreten von linken Chaoten und Brandstiftern in der Stadt. Die Koalition hat keine Lösungen mehr für die Probleme im Land. Wir werden zwei weitere für Berlin verschenkte Jahre erleben, in denen die Stadt nur auf dem kleinsten gemeinsamen Nenner verwaltet wird.

Bei den beiden anderen Oppositionsparteien sieht es nicht besser aus. Die Grünen gefallen sich in der Position in fast jeder möglichen Regierungsvariante „dabei“ zu sein und versuchen den Spagat zwischen einem rot/rot/grünen Weg und einer Jamaika-Koalition möglichst lange durchzuhalten. Die CDU hingegen probt die stürmische Annäherung an die Grünen über die möglichst umfassende Adaption von deren Themen. Ob die Forderung nach einem ökologischen Umbau der gesamten Berliner Wirtschaft oder Mindestlöhne bei Landesbeteiligungen, die CDU übernimmt Grüne Inhalte um ihre Bündnisfähigkeit zu dokumentieren.

Wo ist nun die Position der Liberalen in dieser Konstellation? Meiner Ansicht nach hat die FDP die große Chance sich als glaubwürdige Stimme der Vernunft in der Stadt zu etablieren. Nicht durch Anbiederei an mögliche Koalitionspartner, sondern durch eine möglichst klare Fokussierung auf unsere Kernbotschaften vor allem in Themen in denen uns die Bürger am meisten Kompetenz zu billigen: Schaffung von Rahmenbedingungen für wirtschaftliche Prosperität, exzel-

lente Bildungschancen, die nachhaltige Sanierung des Landeshaushalts, die Rücknahme und Konzentration des Staats auf seine Kernaufgaben.

Die Bewährungsprobe, welche unsere Parteifreunde in der Bundesregierung in den kommenden Jahren zu bewältigen haben, wird dabei wie ein Katalysator für die Auseinandersetzung in Berlin wirken. Im besten Fall stehen die klaren liberalen Akzente im Bund gegen das geborene Gegenmodell rot/rot/grüner Couleur in Berlin.



Die Fraktion wird hier ihre Linie auf einer Strategieklausur im Februar beschließen. Wir warten dann auf einen schnellen Schulterschluss mit dem neugewählten Landesvorstand im März. Die Partei hat im Frühjahr die Möglichkeit sich erstmals seit langer Zeit wieder mit einer breiten Geschlossenheit aufzustellen. Die kontroversen Entscheidungen der letzten Jahre brachten zwar stets klare aber keine überdeutlichen Mehrheiten. Nun ist die Zeit gekom-

men, die hoffnungsvoll Annäherung, welche so überzeugend in zwei von der gesamten Partei vorbildlich geführten Wahlkämpfen dokumentiert wurde, auch bei der Wahl eines starken Landesvorstandsteams unter Beweis zu stellen. Dabei geht es nicht nur um die Frage des Vorsitzes, sondern um das gesamte Team und in Folge um die gesamte Partei, welche in vielen Bereichen noch eine stärkere Output- und Außenorientierung erreichen muss. Hier eine Balance zwischen notwendiger Veränderung und Zuverlässigkeit bzw. Berechenbarkeit in alle Gliederungen zu wahren ist immanent.

Berechenbarkeit und Absprachefähigkeit sind schließlich auch die Schlüsselwerte, welche unser größtes Kapital für mögliche Koalitionsverhandlungen im Jahr 2011 darstellen. Das Frühjahr 2010 ist auch daher von Bedeutung.

Bevor wir uns aber an diese Aufgabe machen, sollten wir alle die nächsten Wochen nutzen, um nach einem harten Wahljahr 2009 unsere Erfolge zu genießen und noch einmal kräftig Luft zu holen.

In diesem Sinne wünsche ich eine frohe Weihnachtszeit und einen guten Start in Neue Jahr!

---

*Christoph Meyer MdA (BV Charlottenburg-Wilmersdorf) ist der Vorsitzende der FDP-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus*

## Zum Thema

# Familienbezogene Leistungen harmonisieren

von *Christine Stüben*

Im Koalitionsvertrag von CDU, CSU und FDP für die 17. Legislaturperiode wurde unter der Überschrift „Gesamtevaluation ehe- und familienbezogener Leistungen“ vereinbart: „Weiterhin werden wir prüfen, wie die Leistungen im Unterhaltsrecht, Steuerrecht, Sozialrecht und Familienrecht harmonisiert werden können und entsprechende Schritte einleiten.“ Bislang sind etwa das Kindergeld, der Unterhaltsvorschuss, die Kinderregelsätze bei Hartz IV-Bezug oder auch der Mindestunterhalt mit Blick auf die Höhe der jeweiligen Leistungen oder auch die vorgesehenen Altersstufen unterschiedlich ausgestaltet. Die Schnittstellen zwischen den einzelnen Rechtsgebieten waren daher auch Thema im Rahmen einer eigenen Arbeitsgruppe des Deutschen Familiengerichtstages im September diesen Jahres.

Eine Verknüpfung existiert allerdings seit der Unterhaltsrechtsreform mit Blick auf das Existenzminimum bei Kindern. Während der Mindestunterhalt in § 1612a BGB zuvor grundsätzlich an die Regelbetragsverordnung anknüpfte, erhalten Kinder bis zur Vollendung des 6. Lebensjahres 87 %, vom 7. bis zur Vollendung des 12. Lebensjahres 100 % und für die Zeit vom 13. Lebensjahr an 117 % eines Zwölftels des doppelten Kinderfreibetrages. Dies führt nun dazu, dass – wenn wie geplant mit dem „Entwurf eines Gesetzes zur Beschleunigung des Wirtschaftswachstums (Wirtschaftsbeschleunigungsgesetz)“ das Kindergeld ab 1.1.2010 für jedes zu berücksichtigende Kind um 20 Euro erhöht und der Freibetrag für Kinder von insgesamt 6.024 Euro auf 7.008 Euro angehoben wird – sich diese Änderungen unmittelbar auf die Höhe des Mindestunterhalts und auch auf die Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz auswirken; es werden sich ferner wohl auch Änderungen bei den Leitlinien für den Unterhaltsbedarf von Unterhaltberechtigten, der sog. „Düsseldorfer Tabelle“, ergeben. Im Rahmen dieser Diskussionen sollte man aber auch die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes zu den Regelsätzen auch für Kinder im Blick haben, die für den Beginn des kommenden Jahres erwartet wird.

*Dr. Christine Stüben ist Vorsitzende des OV Hackscher Markt*



## Zum Thema

# Flagge zeigen bei den Bürgerrechten!

von *David Issmer*

Die Bundestagswahl hat deutlich gezeigt, wie wichtig das Thema „Bürgerrechte“ insbesondere für die Jugend ist. Vor allem die Themen Datenschutz und Internetsensur mobilisieren die Jugend in besonderem Maße. An diese Generation 18+ richten sich auch die entsprechenden Kampagnen der JuLis. Mit Erfolg: Die Wahlanalysen zeigen deutlich, dass die FDP diesmal gerade bei den Jungwählern überdurchschnittlich gut abgeschnitten hat.

Jedoch hat bei der vergangenen Wahl leider nicht nur die FDP, sondern auch die Piratenpartei profitiert. Mit ihrem Aufruf gegen den Überwachungsstaat und für die Freiheit des Internets haben die Piraten, dank ihrer jugendlichen Wähler, einen Achtungserfolg erzielt.

Der Zuwachs an Mitgliedern und Stimmen bei der Piratenpartei hat leider auch damit zu tun, dass die FDP ihre Ideale im Bereich der Bürgerrechte in Regierungsverantwortung oftmals nicht konsequent genug verfolgte. So war der Swift-Beschluss der Bundesregierung auch diesmal alles andere als ein gelungener Start. Der Swift-Fall droht die vielen im Koalitionsvertrag erzielten Erfolge im Bereich der Bürgerrechte zu überschatten. An dieser Stelle müssen wir unbedingt nachbessern und unsere Versprechen einhalten.

Zudem gilt es, der Piratenpartei bei Großveranstaltungen und Demos nicht das Feld zu überlassen. Hier muss die FDP viel mehr Flagge zeigen. Es darf nicht sein, dass zu dem (sehr gelungenen!) FDP-Vortrag von Gerhard Baum in Dahlem über 150 Parteifreunde zusammenkommen, ein paar Tage später zu der Bürgerrechts-Großdemo aber trotz mehrerer Aufrufe durch die Landesgeschäftsstelle und lange bekanntem Datum neben den JuLis nur eine Handvoll FDP-Mitglieder kommen. Hier haben wir den Piraten ohne Not kurz vor dem Wahltag die Bühne überlassen. Das muss sich in Zukunft ändern, damit wir Liberalen die Jugendlichen künftig noch besser erreichen.



*David Issmer (OV Gendarmenmarkt) ist Landesvorsitzender der Jungen Liberalen*

## Aus dem Abgeordnetenhaus

# Rechnungshof, Landes-Stadtwerk, Diäten

von *Henner Schmidt*

Die Kandidatin der Koalition bei der zur Wahl der Rechnungshofpräsidentin ist in geheimer Abstimmung im Abgeordnetenhaus durchgefallen. Das war nicht sehr überraschend: Es ist nicht zu erklären, wieso die Koalition eine noch amtierende Staatssekretärin, die zudem direkt mit Themen befasst war, die ggf. vom Rechnungshof zu untersuchen sind, nun übergangslos in den unabhängigen Rechnungshof wechseln lassen wollte. Das Abgeordnetenhaus hat diesmal gezeigt, dass moralische Standards doch noch über Fraktionsdisziplin stehen.



Die Linke und Teile der SPD wollen ein eigenes Stadtwerk des Landes Berlin gründen. Es bleibt völlig offen, was damit eigentlich erreicht werden soll. Ökostrom-Anbieter gibt es im Markt bereits in ausreichendem Maße. Für eine eigene Stromerzeugung müssten viele Millionen investiert werden, die das Land Berlin sich erst einmal leihen müsste. Da der Wettbewerb auch das neue Stadtwerk träge, ist nicht sicher, ob die Zinsen für diese Kredite erwirtschaftet werden. Mögliche Verluste trägt damit letztlich der Berliner Bürger.

Die geplante Diätenanpassung des Abgeordnetenhauses hat Diskussionen ausgelöst. Das Landesparlament hat jedoch seit 2001, acht Jahre lang, keine Diätenerhöhung vorgenommen. Deshalb haben alle Fraktionen es für richtig erachtet, nun eine Anpassung vorzunehmen. Da bald auch die Gehälter im öffentlichen Dienst erhöht werden, scheint dies ein geeigneter Zeitpunkt zu sein. Das Abgeordnetenhaus als wichtige Kontrollinstanz des Senats muss für seine Arbeit auch angemessen entschädigt werden, damit auch qualifizierte Menschen ein Interesse haben, ein Mandat wahrzunehmen. In Zukunft sollen die Diäten fest an einen Index der allgemeinen Einkommensentwicklung in Berlin gekoppelt werden. Meine persönliche Meinung ist, dass im Gegenzug auch eine Verkleinerung des Abgeordnetenhauses andiskutiert werden sollte.

---

*Henner Schmidt MdA (OV Gendarmenmarkt),  
Stellv. Vorsitzender des BV Mitte*

## Aus der Landespartei

# Jahresendfieber

von *Katja v. Maur*

Das Superwahljahr neigt sich langsam dem Ende zu, Weihnachten steht vor der Tür und so manche gut gemeinte Feier aus diesem Anlass bewirkt leider mehr Stress als Besinnlichkeit. Zeit für alle umtriebigen Parteifreundinnen und Parteifreunde auszuruhen, die Ereignisse des Jahres noch einmal vor dem inneren Auge Revue passieren zu lassen, um sich im neuen Jahr gestärkt den anstehenden Herausforderungen zu stellen. Schließlich hat die Berliner FDP in nicht einmal mehr zwei Jahren, 2011, ein glasklares Ziel: Politik- und Regierungswechsel in Berlin mit Beteiligung der FDP.



Wir werden, so formulierte es vor kurzem trefflich der Vorsitzende unserer AGH-Fraktion, MdA Christoph Meyer, im Rahmen einer Diskussionsrunde, nur erfolgreich sein, wenn alle an einem Strang ziehen, sich künftige Aktivitäten an diesem Ziel orientieren. Wir brauchen einen klaren liberalen Kompass, ein Programm aus einem Guss, das ein klares liberales Angebot an die Berlinerinnen und Berliner darstellt.

Der Landesvorstand ist sich seiner Verantwortung bewusst und arbeitet auch über die Feiertage intensiv weiter am Verkehrsleitvertrag, damit sich alle Interessierten wie gewünscht frühzeitig zu Jahresbeginn einbringen können. Der LFA Regionalentwicklung und Verkehr hat seine Hausaufgaben bereits gemacht und in zwei hochkarätig mit Experten besetzten Sitzungen einen Entwurf erarbeitet. Stellungnahmen weiterer LFAs, BVs und OV's sowie der Julis sind entweder schon eingegangen oder bis zum Stichtag, dem 20. Dezember, angekündigt.

Der Landesvorstand befasste sich in seiner letzten Sitzung außerdem mit einem Diskussionsentwurf zur künftigen Nutzung des Flughafengeländes in Tegel, den Matthias Bick vorgestellt hat. Der Entwurf wird in Kürze auf die Homepage des Landesverbandes gestellt und soll die parteiinterne Meinungsfindung anstoßen. Noch ein Wort zum Landesschiedsgericht: Dieses hat vor kurzem unter neuer Führung getagt und einige dringende Fälle entschieden.

---

*Katja v. Maur (OV Tiergarten) ist Beisitzerin  
im Landesvorstand der Berliner FDP*

## Berichte aus Mitte

### **FDP lehnte den Bezirks- haushalt ab!**

*Peter Pawlowski für die BVV-Fraktion*

Über die schwierige Haushaltslage des Bezirkes wurde schon oft berichtet. 24 Mio. Euro, die der Bezirk in den nächsten zwei Jahren abbauen muss, sind nur dann zu verkraften, wenn die Kürzungen durch ein solides Konsolidierungskonzept untermauert sind. Dieses legte das Bezirksamt zwar vor, doch die letzten Wochen vor der entscheidenden Haushaltsdebatte am 12. November 2009 haben deutlich gezeigt, dass weder das Bezirksamt noch einzelne Fraktionen in der BVV sich an die vorgeschlagenen Vorgaben halten werden. Hinzu kommt, dass der, von der FDP geforderte und von der BVV einstimmig (!) beschlossene Plan zur räumlichen Auslastung der Bezirkseigenen Immobilien – vor allem der Schulen – nicht eingereicht wurde. Der sprichwörtliche Tropfen, der das Fass zum Überlaufen brachte, war der aberwitzige Vorschlag der Linken und der CDU, die Betriebsausgaben der Schulen um 200 000 Euro zu kürzen, um zwei Jugendeinrichtungen zu finanzieren. Angesichts dieses unseriösen Verhaltens der Teile des Bezirksamtes und einzelner Fraktionen, blieb der FDP nichts anders übrig, als den Haushalt abzulehnen. Die kommenden Monate werden zeigen, in wie weit das Bezirksamt und die Bezirksverordneten aus dem Desaster vom 12. November eine Lehre gezogen haben. Solange das Bezirksamt seine Hausaufgaben nicht erfüllt hat, wird die FDP-Fraktion dem Haushalt nicht zustimmen.

**Mauerpark: Die FDP-Fraktionen aus Pankow und Mitte verfolgen die gleichen Ziele** – Abgesperrte Parochialstraße, Polizeihundertschaften rund um das BVV-Gebäude und Hunderte Demonstranten: das war die Kulisse für die Sondersitzung des Fachausschusses für Stadtentwicklung am 25. November 2009. Es ging um den Mauerpark. Offiziell soll die Sitzung eine Plattform für den dringend notwendigen Dialog zwischen den Bürgerinitiativen und dem Grundstückseigentümer: der Vivico, bilden. Doch davon war in der Sitzung wenig zu spüren. Während der Investor (mit der Stimme des Stadtrates für Stadtentwicklung, Ephraim Gothe) ein modifiziertes Baukonzept vorgestellt hat, beharrten die Bürgerinitiativen (in der Presse liebevoll als Bionade-Fraktion genannt) auf ihren Maximalforderungen. So bestand der angepeilte

Dialog aus mehreren Monologen, deren gewisser Höhepunkt die lyrisch angehauchten und an der Substanzlosigkeit nicht zu überbietenden Ausführungen von Prof. Lange darstellten. Dieser ist Vater des ursprünglichen Mauerparkkonzeptes, das von den FDP-Fraktionen in Pankow und Mitte abgelehnt wird. Es braucht nicht erwähnt zu werden, dass die Wortmeldungen von Thomas Brandt und Peter Pawlowski mit lauten Buhrufen begleitet wurden. Den Menschen nach dem Mund zu reden und populistische Forderungen zu unterstützen ist nicht die Sache der FDP... und das ist auch gut so!

Wir sind ansprechbar über das  
Fraktionsbüro der FDP in der BVV Mitte, Neues Stadthaus, Raum 230, Parochialstr. 1–3, 10179 Berlin, Tel. 9018 24 365, Fax 9018 24 363  
Öffnungszeiten: Montag 12:00 bis 20:00, Dienstag 10:00 bis 16:00, Donnerstag 12:00 bis 18:00  
[www.fdp-fraktion-mitte.de](http://www.fdp-fraktion-mitte.de)

### **Konzept 2011 und Indischer Abend**

*Katja v. Maur vom OV Tiergarten*

Hauptziel der Berliner FDP muss nach der gewonnenen Bundestagswahl die Abwahl des rot-roten Senats und eine liberale Regierungsbeteiligung in Berlin im Jahr 2011 sein. Auf dem Weg zu diesem Ziel kommt unserer AGH-Fraktion eine maßgebliche Rolle zu. Referent beim politischen Brunch am 29.11. war daher Fraktionsvorsitzender und Mda Christoph Meyer. In einer rund dreistündigen Diskussion berichtet er über die Fraktionsarbeit und skizzierte die strategische Ausrichtung. Neben Landesthemen, aktuell Klimagesetz und Haushalt, spielen Bundesthemen eine gewichtige Rolle; Risiko und Chance zugleich. Berlin braucht einen klaren liberalen Kompass und die Bürger ein eindeutiges Angebot. Eckpfeiler sind Bildung, Wirtschaftskompetenz und Bürgerrechte. Notwendig sind aber auch eine bessere Bündelung der Kapazitäten, u. a. durch eine engere Verzahnung von Landesverband und Fraktion.

Nach guter Tradition traf sich der OV Tiergarten am 22.11. zu einem Indischen Abend. Dank unseres Vorstandsmitglieds Debasish Bhaduri kamen als prominente Gäste der erste Sekretär der indischen Botschaft in Berlin, Herr Ashutosh Agrawal, und seine Frau.



## Weiblicher Widerstand

### *Saba Farzan vom OV Wedding*

Der OV Wedding hatte – gemeinsam mit Henner Schmidt MdA – zu einer weiteren Diskussion zur Lage im Iran geladen, mit Focus auf die Frau. Die Referentinnen sprachen sich gegen die Romantisierung der iranischen Protestbewegung durch westliche Beobachter aus. Anahita Moghaddam, die jüngere, hob angstfreies Handeln und Wandel in Liebe hervor. Sie wertete ‚Schönheits-OPs und den neuen Kleidungsstil der Iranerinnen als Symbol des Widerstands. Fathiyeh Naghibzadeh, die ältere, sieht darin Oberflächlichkeit und ein Produkt des herrschenden Regimes. Dagegen spricht, dass iranische Frauen trotz der Hindernisse der Islamischen Republik sehr hohe Bildung erreicht haben. Die Überhöhung der Frauen in den Familien, die Rolle der Männer, und vor allem der göttliche Wille, der den Frauen engste Grenzen setzt, wurden thematisiert. Der Abend zeigte in Teilen die schweren Konflikte des Iran und mögliche Lösungen auf. Die deutsche Öffentlichkeit sollte mehr teilhaben. 30 Jahre Diktatur – ein wichtiger Grund, diesen Abend als Impuls für weitere Debatten zu nehmen. Angeregte Gespräche bei Wein und Snacks setzten den Anfang.

## Russland

### *Helmut Abrell vom OV Oranienburger Tor*

Zu Vortrag und Diskussion im TDH hatte am 12.11. der OV OT geladen: Sascha Tamm als politischer Philosoph und Leiter der Stiftung für die Freiheit mit ständigem Sitz in Moskau seit April 2009, hielt zu dem Thema „Hat Russland die Krise überstanden?“ einen brillanten Vortrag mit Perspektive, örtlicher Sachkenntnis und Tiefenschärfe. Wirtschaftliche und kulturellen Aspekte, Zukunft, Chancen und Gefahren in dem Räderwerk der eurasischen Mächte und Kräfte bedürfen einer konstruktiven europäischen und vor allem auch deutschen Teilnahme an den Bedürfnissen der russischen Nachbarn, nicht nur in der Rolle als Energielieferanten, sondern auch langfristig als Partner auf der Ebene wirtschaftlicher Entwicklung durch Anerkennung und Respekt vor der Leistung der Bevölkerung. Zusammenarbeit bei wissenschaftlichen und industriepolitischen Aufbauhilfen zur Versorgung des Binnenmarktes und zur Versorgung von Milliarden Menschen auf dem gemeinsamen Kontinent unter Beachtung der Klimaziele und neuer, fossile Rohstoffe schonender Technologien. Dieses Bewusstsein hat Sascha Tamm mit

stiller aber deutlicher Verve geschärft, dabei die Affinität deutsche liberaler Politik und humanistischer Ansprüche auf Menschenrechte, die vor Ort im heutigen Russland, ebenso wie den GUS-Staaten, in einer fragilen Demokratie verharren, in einer gemäßigten Despotie lebend, auf die nächsten Wahlen warten, wiederum nur einer Akklamation dienend. Die Bedürfnisse der russischen Seele in Übereinstimmung zu bringen mit dem historischen Anspruch auf Weltgeltung eines Imperiums, das heute zwar nicht Herrscher von großen industriellen und effizienten Industrieunternehmen ist, zum Ausgleich jedoch als Rohstoffimperium einen gewaltigen Einfluss über die Randzonen seines Reichs hinaus hat, lässt das geistige Zentrum, das Sascha Tamm in Moskau heute leitet, als wertvolle Basis erscheinen, liberale Außenpolitik mit den Informationen zu versorgen, die nicht nur in der Ministerialbürokratie gedeihen, sondern auch im Bereich von überparteilichen „think tanks“, um Verständnis und Wohlverhalten in kritischen Tagesaktualitäten als Grundlage für die politische Diplomatie zur Verfügung zu haben. Zum Trost für alle Abwesenden: Sascha kommt wieder.

## Gemeinsam

### *Justus Leonhard von den JuLis Mitte*

Die JuLis Berlin Mitte empfingen jüngst für ein Wochenende vier Gäste aus ihrem Partnerverband Bonn. Gemeinsam mit den Bonnern wurde ein buntes Programm absolviert. Inhaltliche Schwerpunkte waren Internationale Politik und Klimaschutz: Nach einer Führung durch das Reichstagsgebäude stand uns MdB Hellmut Königshaus über zwei Stunden zur Verfügung, um die vielen Fragen rund um das Thema Afghanistan zu beantworten. Nach einer kurzen Pause ging es sogleich weiter zu einer Aktion an der Marienkirche. Zusammen mit MdA Henner Schmidt wurden Muster von Emissionszertifikaten verteilt, um im Vorfeld der Klimakonferenz von Kopenhagen über diesen wirksamen Mechanismus im Klimaschutz zu informieren. Darüber hinaus, wir sind schließlich die Jungen Liberalen, kam auch der gesellige Teil nicht zu kurz: Die Kneipentour endete für einige erst morgens vor dem Reichstagsgebäude, was uns freilich nicht davon abhielt, lebhaft zu diskutieren und künftige Projekte der Partnerschaft unserer Verbände in Angriff zu nehmen. Vielen Dank allen Beteiligten! Ein besonderes Dankeschön geht an MdB Hellmut Königshaus und MdA Henner Schmidt sowie den beiden Organisatoren Christian Lüdtko und Christian Ebertz!

## Personalien

(au) Zur Ehrung langjähriger Mitstreiter für die liberale Sache hatte unsere Bezirksvorsitzende **Maren Jasper** (OT) für den Verband ins Cum Laude geladen. Zu 40 Jahren FDP-Mitgliedschaft des frisch gebackenen Entwicklungshilfe-Staatssekretärs **Hans-Jürgen Beerfeltz** (Hackescher Markt) sprach die Laudatio seine Ortsvorsitzende **Christine Stüben**, zu 50 Jahren des Berliner Urgesteins **Erwin Loßmann** (Wedding) seine Ortsvorsitzende **Bettina v. Seyfried**, zu den 25 Jahren von BA-Sprecher **Kurt Lehner** (Tiergarten) sein OV-Vorsitzender **Michael Saß** und zu 25 Jahren von **Elke Schreiber** (Gendarmenmarkt) ihr Ortsvorsitzender **Stefan Scholz**. Als Gäste zur Ehrung waren u.a. der Landesvorsitzende **Markus Löning** (Steglitz-Zehlendorf) und **Hellmut Königshaus** MdB (Trepow-Köpenick) gekommen.

(au) Geehrt wurde auch die Bundespartei, nämlich vom Fachmagazin „politik & kommunikation“ mit dem „Politikaward“ für die Kampagne zum Bundestagswahlkampf 2009. „Das ist ein toller Erfolg für alle, die an dieser Kampagne mitgewirkt haben“, sagte der ehemalige FDP-Bundesgeschäftsführer **Hans-Jürgen Beerfeltz** (Hackescher Markt). Der aus zehn Agenturen bestehende Verbund rund um das „FDP Ideenreich“ ist bislang einzigartig und orientiert sich an der Idee der „Weisheit der Vielen“. Als Kreativ-Koordinator wirkte **Andreas Hartwig**, der die FDP bereits seit dem Bundestagswahlkampf 2005 berät. In dieser Funktion leitete er eine Strategie-Runde mit u.a. **Egbert Deekeling**, **Karl-Heinz Heuser**, **Martin Hubert**, **Jürgen Knauss**, **Coordt von Mannstein** und **Willi Schalk**. Die kommissarische FDP-Bundesgeschäftsführerin **Gabriele Renatus**: „Wir freuen uns sehr über diese Auszeichnung und sehen sie als Ansporn, auch weiterhin auf Dialog und Bürgernähe zu setzen.“

(au) Die FDP-Fraktion im Berliner Abgeordneten Haus geht mit einer Kampagne für eine bessere Bekämpfung der Wildschweinplage in den Außenbezirken der Stadt auf die Bürger zu, neben der medienwirksamen laufenden Bearbeitung des Themas durch den umweltpolitischen Sprecher **Henner Schmidt** MdB (Gendarmenmarkt) werden 70.000 Flyer gedruckt. Zum Layout der Flyer stellte Schmidt im Rahmen seines umweltpolitischen Referats auf der Mitgliederversammlung des OV Hackescher Markt selbstironisch fest: „Auf dem Flyer sind drei Bilder. Der Fraktionsvorsitzende **Christoph Meyer**, ein Wildschwein – und ich.“

(au) Auf dem Kongress der Europäischen Liberalen (ELDR) in Barcelona wurde der Berliner FDP-Landesvorsitzende und Europapolitiker **Markus Löning** (Steglitz-Zehlendorf) in seinem Amt als ELDR-Vizepräsident bestätigt. Er erzielte unter den acht Kandidaten für die vier Vize-Posten das beste Ergebnis.

(au) Auf der Neuwahl des Berliner Sektionspräsidiums der Deutschen Gruppe der Liberalen Internationalen (DGLI) wurden einmütig Sektionspräsident **Mirco Dragowski** MdB (Tempelhof-Schöneberg), auch europapolitischer Sprecher der FDP-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus, und Vize **Nils Augustin** (Hackescher Markt) in ihren Ämtern bestätigt. Ins neu geschaffene Amt der Sektionssekretärin wählten die Mitglieder **Claudia Busch** aus Tempelhof-Schöneberg, zu Beisitzern **Saba Farzan** (Wedding), **Sylvia von Stieglitz** MdB (Steglitz-Zehlendorf) und **Rafael Galejew** (Reinickendorf). Das Sektionspräsidium wird durch die Kooptierung der zahlreichen Berliner im Präsidium der Bundes-DGLI komplettiert.

(au) Die Rituale des Nahostkonflikts konnte die Berliner Europaabgeordnete **Alexandra Thein** (Steglitz-Zehlendorf) jüngst persönlich erleben. Thein befand sich als Mitglied der Delegation des EP zum Palästinensischen Legislativrat zu Gesprächen im Heiligen Land, als die Israel-kritisch verstandene Erklärung des EU-Außenministerrats veröffentlicht wurde. Die Freude von Palästinenser-Premier **Salam Fayyad** konnte Thein noch entgegennehmen – und musste dann feststellen, dass Israel der EP-Delegation spontan die Erlaubnis zur Einreise nach Gaza entzog.

(au) Lecker und vergnüglich ging es zu auf der Weihnachtsfeier des FDP-Landesverbandes und der Berliner JuLis in der Geschäftsstelle. Der Landesvorsitzende **Markus Löning** (Steglitz-Zehlendorf), sein Stellvertreter **Roland Zielke** (Tempelhof-Schöneberg) und Geschäftsführerin **Sibylle Meister** (Reinickendorf) sowie JuLis-Landeschef **David Issmer** (Gendarmenmarkt) und Stellvertreter **Fabian Waetzold** (Hackescher Markt) und **Nadja Konersmann** konnten neben guter Stimmung und DJ **Rainer-Michael Lehmann** MdB (Pankow) ein vom Stellv. Landesvorsitzenden **Lars Lindemann** MdB spendiertes Buffet bieten. Aus der Funktionsträgerschaft des BV Mitte waren u.a. Landesvorstandsmitglied **Katja v. Maur** (Tiergarten), die Bezirksvorsitzende **Maren Jasper** (OT), Bezirksvorständler **Bettina v. Seyfried** (Wedding) und **Nils Augustin** (Hackescher Markt) sowie BA-Sprecher **Kurt Lehner** (Tiergarten) vor Ort.

## Leserbriefe

### *Erwin Ludwig (OV Hackescher Markt)*

In den Koalitionsverhandlungen hat sich die FDP dafür eingesetzt, die Beteiligung der Bürger am politischen Geschehen zu stärken und das Petitionswesen weiter zu entwickeln. Im Vertrag steht - etwas versteckt - auf Seite 102 Zeile 5121 bis Zeile 5125 der entsprechende Satz dazu. Aber auch bisher wurden schon einige Fortschritte erreicht und folgende Möglichkeiten geschaffen: (1) Anliegen können elektronisch via Internet auf einem extra Formular übermittelt werden, (2) Petitionen von großem allgemeinem Interesse nach Zustimmung des Petenten können ins Internet für jeden sichtbar eingestellt werden und (3) diese öffentlichen Petitionen können auch im Internet diskutiert und durch eine Mitzeichnung unterstützt werden. Hierfür wurde für den Bedarf des deutschen Parlamentes ein eigenes Internet-System entwickelt, das am 13. Oktober 2008 frei geschaltet wurde (<http://epetitionen.bundestag.de>). Seitdem haben sich über 500.000 Nutzer registriert, über 4000 Petitionen wurden elektronisch eingereicht, von denen etwa 1000 als öffentliche Petitionen ins Internet eingestellt wurden. Zu diesen wurden über 60.000 Beiträge verfasst, und sie wurden über 1.000.000-mal mitgezeichnet. Dennoch bleibt das Kerngeschäft für den Ausschuss mit einem Anteil von ca. 75 Prozent immer noch die schriftlich eingehende Petition. Die meisten Beschwerden betreffen das Sozialressort und hier die Bereiche Arbeitslosengeld und Rente. Alle diese Petitionsverfahren obliegen einer strengen Vertraulichkeit. Das Internetportal des Petitionsausschusses ist die einzige Internetanwendung des Deutschen Bundestages mit unmittelbarem parlamentarischem Bezug. Nur über diese Anwendung können sich Bürgerinnen und Bürger über das Internet direkt in das parlamentarische Geschehen einmischen. Es ist zudem mit über 60.000 Beiträgen innerhalb eines Jahres eines der größten Politik-Foren Deutschlands im Internet. Somit hat der Ausschuss, der vor kurzem sein 60-jähriges Bestehen feierte, mit dem Internetportal e-petitionen sowie den öffentlichen Sitzungen die Weichen in die Zukunft gestellt. All diese administrativ geschaffenen Voraussetzungen bleiben Makulatur, wenn sie nicht mit Leben gefüllt werden. Auch hier lebt Politik nur durch mündige Bürgerinnen und Bürger. Dennoch ist es aus liberaler Sicht wünschenswert, dieses Projekt wie im Koalitionsvertrag vereinbart auszubauen.

Wir freuen uns über Post.  
Bitte senden Sie Ihren Leserbrief an  
[redaktion@liberal-central.de](mailto:redaktion@liberal-central.de)  
Wir behalten uns vor, Leserbriefe nicht zu  
veröffentlichen oder zu kürzen.

## Schlusswort

### **Geschlossene Pforten**

*von Frauke Sander*

Ab 2010 werden die Pforten der Berliner Kaufhäuser an Adventssonntagen geschlossen bleiben. Das Bundesverfassungsgericht hat die bundesweit liberalste Regelung für verfassungswidrig erklärt, nachdem die evangelische und katholische Kirchen geklagt hatten, da sie um die Auslöschung des Sonntags fürchten. Sie werten das Urteil als Erfolg, wenn es sich vermutlich jedoch eher um einen Pyrrhussieg handelt. Denn die Richter erachten den Sonntag zwar als besonders schützenswert, sie führten allerdings weniger den christlichen Ursprung, sondern den Sonntag vielmehr als Tag der Familie, zum Erholen, Freunde treffen zur Begründung an.

Ob ausgerechnet vier geschlossene Sonntage im Advent zu mehr Familiensinn oder Gemeinschaft in der Gesellschaft beitragen sei dahingestellt und auch dass die Zahl der Kirchgänger durch den Wegfall der verkaufsoffenen Sonntage steigen wird, wird vermutlich nicht einmal von den Kirchen selbst erwartet. Positiv ist zu bewerten, dass die Richter die bisherigen festgelegten Sonderöffnungen an Sonntagen weiterhin als zulässig erachten und das ist gut so, denn Berlin hat sich gegenüber anderen Weltmetropolen wie Paris, London oder New York auch als feste Einkaufsmetropole etabliert.

Durchschnittlich konsumiert jeder Übernachtungsgast 40 Euro an der Ladenkasse, das lohnt sich nicht nur für den Einzelhandel, sondern stärkt auch Berlin als Tourismusstandort. Künftig müssen die Behörden also erfindungsreicher sein, wenn es den verkaufsoffenen Sonntag zu begründen gilt. Jetzt geht es darum, die noch letzten zwei verbleibenden verkaufsoffenen Adventstage in diesem Jahr frei zu gestalten, mit Einkaufen, einem Besuch des Weihnachtsmarkts, in der Kirche oder einfach mal auf der Couch.

### Termine

#### **Dezember 2009**

- 13.12 11.00h OV Hackescher Markt: **Weihnachtsbrunch** – mit Alexandra Thein MdEP – im „Café Orange“ (Oranienburger Str. 32)
- 15.12 17.00h OV Wedding: **Weihnachts-Event** – Führung durch die Ausstellung „Fremde? Bilder von den 'Anderen' in Deutschland und Frankreich seit 1871“ im Deutschen Historischen Museum, Ausstellungshalle von I.M. Pei (Hinter dem Gießhaus 3) – anschließend ab 19.00h Treffen im Restaurant ‚auszeit‘ (Kiautschoustr. 12a)
- 15.12 19.30h OV Gendarmenmarkt: **Traditionelles Weihnachtsessen** – im Marriott Courtyard Mitte (Axel-Springer-Str.)
- 16.12 19.30h BV Mitte: **Bezirksausschuss** – Rathaus Tiergarten (Mathilde-Jacob-Platz), BVV-Saal
- 17.12 17.00h Liberale Frauen Berlin: **Führung** durch das Neue Museum – Treffpunkt: Haupteingang Neues Museum (Museumsinsel)

#### **Januar 2010**

- 05.01 20.00h JuLis Mitte: **Mitglieder- u. Interessententreffen** im Café Ré (Märkisches Ufer 22)
- 12.01 20.00h OV Gendarmenmarkt: **Mitgliederversammlung** im Löwenbräu (Leipziger Str. 65)
- 13.01 19.30h OV Tiergarten: **Vorstand** im Arema (Birkenstr. 30)
- 16.01 10.00h JuLis Berlin: **Landeskongress** – mit Vorstandswahlen und Antragsberatungen – im Rathaus Kreuzberg (Yorckstr. 4-11)
- 27.01 20.00h OV Gendarmenmarkt: **Liberaler Stammtisch** – Info [www.fdp-gendarmenmarkt.de](http://www.fdp-gendarmenmarkt.de)
- 31.01 11.30h OV Tiergarten: **Politischer Brunch** (das Original) – im Walhalla (Krefelder Str. 6)

**Termine im Bezirk werden laufend aktualisiert unter [www.fdp-mitte.de](http://www.fdp-mitte.de)**

Alle Veranstaltungen und Sitzungen sind, soweit hier genannt, öffentlich.

#### **Einladung zum Bezirksausschuss der FDP Berlin-Mitte**

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde, hiermit lade ich zur nächsten Sitzung des Bezirksausschusses der FDP Berlin-Mitte ein. Die Sitzung findet statt am Mittwoch, 16.12.2009, 19:30 Uhr, im Rathaus Tiergarten, Mathilde-Jacob-Platz 1, 10551 Berlin, BVV-Saal

Ich schlage folgende Tagesordnung vor:

1. Begrüßung, Genehmigung TO, Ladung, Stimmberechtigung
2. Rahmenplanung Bezirksvorstand
3. Berichte u.a. (a) aus der BVV, (b) aus dem Abgeordnetenhaus, (c) aus der Landespartei
4. Anträge
5. Verschiedenes

Ich freue mich auf Ihre Teilnahme am Bezirksausschuss.

Mit freundlichen Grüßen, Dr. Kurt M. Lehner

Liberal Central erscheint monatlich außer August. Redaktionsschluss ist der erste Tag jedes Monats. LC wird um den fünften Tag des Monats als Datei auf der Webseite [www.liberal-central.de](http://www.liberal-central.de) eingestellt und als e-mail versendet. Print-Ausgaben werden um den zehnten Tag des Monats verschickt.

Weitere Hinweise, alle früheren Ausgaben und mehr finden Sie unter [www.liberal-central.de](http://www.liberal-central.de).

Den Chefredakteur und alle OV-Redakteure erreichen Sie unter [redaktion@liberal-central.de](mailto:redaktion@liberal-central.de).